

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	47 (1953)
Heft:	4
Artikel:	Der Ferienkurs auf dem Flumserberg vom 5.-12. Okt. 1952 : Jesus Christus und die Politik
Autor:	Simon, Ludwig
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-139780

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auf daß Gott sich über uns nicht zu beklagen hat, daß wir uns nicht zu Ihm bekehrt hätten.

Ja — Gott hat uns etwas in dieser Katastrophe zu sagen.

Zu uns persönlich.

Zu Kirche und Volk.

Die Stimme des Herrn ist über den Wassern.

Amen.

DER FERIENKURS AUF DEM FLUMSERBERG VOM 5.—12. OKT. 1952

Jesus Christus und die Politik*

Die Politik ist heute unser Schicksal. Sie ist als Handeln im Staat, in der Wirtschaft, in der Kirche der Erhaltung dieser weltlichen Einrichtungen gewidmet. Macht ist ein wesentlicher Faktor dieses Handelns. Diese Macht hat sich zunehmend gesteigert im Lauf der Weltgeschichte. Heute leben Millionen von ihrem Staat. Sie erhalten das tägliche Brot, aber auch die Arbeit, die Wohnung und Kleidung vom Staat oder von öffentlichen Einrichtungen. Oft genug erhalten wir heute auch unsere Gesinnung und Denkweise, jedenfalls aber die Bahnen, in denen sich unsere Gedanken in einem mehr oder weniger großen Spielraum bewegen, vom Staat zugewiesen. Schule, Presse und Propaganda arbeiten. Der Staat ist überaus mächtig. Wie er gelenkt wird, das ist für uns schicksalhaft. Das haben wir erlebt, als der Staat uns nicht nur schützte, wie das in anderen Staaten Europas der Fall war, sondern als er die Mehrzahl seiner Bürger um ihr Hab und Gut brachte, viele um ihr Leben und mehr noch um ihre Gesundheit. Der Staat beschränkt die Freiheit und maßt sich Einfluß über Familie und Erziehung an. So überschattet die Macht des modernen Staates — auch in einer Demokratie — das gesamte Leben. Darum Schicksal und darum die Kunst, diesen Staat zu lenken, schicksalschwer. Das alles nennt man Politik.

Was hat Jesus Christus damit zu tun? Diese Frage wird uns wohl in jedem der vorgesehenen Vorträge irgendwie begegnen. Wir sprechen als Christen, die im Bannkreis der Politik um ihre Haltung ringen.

Das heutige Thema kann zweifach verstanden werden: Jesus Christus und die Politik grundsätzlich oder Jesus Christus und die Politik zu seiner Zeit. Das erste Thema ist das Thema der ganzen Tagung, denn Jesus Christus ist das Reich Gottes. Das zweite Thema würde uns eine Hilfe zum Gesamtthema zu geben versuchen und die Frage stellen:

* Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die neue Schrift «Jesus im politischen Zeitgeschehen» von Pfarrer Wilhelm Mensching (Selbstverlag, Freundschaftsheim, Bückeburg, Deutschland). D. R.

Welche Einstellung zur Politik seiner Zeit hatte Jesus?

Daraus folgt von selbst eine Wegweisung für heute. Hatte die Politik zu Jesu Zeiten eine ähnlich beherrschende Stellung wie heute? Grundsätzlich war auch damals die Politik das Schicksal der Menschen. Im einzelnen aber durchdrang sie das Leben noch nicht so intensiv wie heute. Sie ließ Räume des Daseins frei, in denen sie keine Macht übte. Das Leben der Stillen im Lande, aus deren Reihen Jesus kam, und seine und des Johannes des Täufers Tätigkeit zeigen das.

Aber das öffentliche Handeln setzte auch Grenzen, die nicht überschritten werden durften. So wurde Johannes dem Täufer und Jesus die Politik schließlich zum Schicksal. Beide sind auf dem Boden des politischen Handelns umgebracht worden. Waren sie unpolitisch, dann wäre ihr Tod eigentlich ein Versehen der Politik, oder waren sie politisch, aber der herrschenden Richtung feind?

Bei Johannes dem Täufer, der die Ausschweifungen im Privatleben und wohl auch in der Regentschaft des Vierfürsten Herodes geißelte, ist es klar. Er bejaht die Politik im Sinne der Propheten des Alten Bundes und weiß sich von Gott gesandt, ins Gewissen zu reden und zu strafen. Er vertritt Gottes Gesetz als Richtschnur für das Handeln der Politiker, strafft und mahnt. Er bleibt seiner prophetischen Mission treu, handelt nicht genuin politisch, wirkt aber durch sein Wort in die politische Sphäre hinein, weil er den Menschen beurteilt und strafft, mahnt und anspricht, die politische Höchstverantwortung tragen.

1. In diesem Sinne hat auch Jesus politisch gewirkt.
2. Im Sinne eigentlichen politischen Handelns hat sich Jesus nicht bestätigt.
3. Seine Reichsbotschaft und seine Gemeindegründung bedeuten das Ende der Politik und die Erwartung von etwas Neuem.

1.

Die politischen Verhältnisse zur Zeit Jesu sind gekennzeichnet durch die Tatsache der römischen Besetzung des Landes und verbliebenen Resten einheimischer Autorität.

Die staatliche Autorität des alten Israels bestand zu Jesu Zeiten nicht mehr. Der Wiederaufbau des staatlichen Lebens nach dem Exil vollzog sich unter fremder Oberherrschaft. Im 2. Jahrhundert v. Chr. gründeten die Makkabäer, im Anschluß an die Empörung gegen den syrischen König Antiochus IV. Epiphanes und seine Hellenisierungspolitik, noch einmal eine relativ selbständige Königsherrschaft. Thronstreitigkeiten und das Eingreifen der Römer beendeten die Existenz des Judentums als Staat. Im Jahre 63 v. Chr. erobert Pompejus Jerusalem.

Die Herrschaft der landfremden Familie des Herodes war von Roms Gnaden, das gilt schon vom sogenannten «Großen» Herodes, der in den

Kämpfen zwischen Antonius und Oktavian sehr geschickt zum Sieger, dem künftigen Kaiser Augustus, hinüberwechselte. Das gilt erst recht von seinen Söhnen, unter die das Reich des Herodes nach seinem Tode geteilt wurde. (M. Dibelius, «Jesus», S. 530.)

W. Mensching weist in seinem Hefte «Jesus im politischen Geschehen» darauf hin, daß das jüdische Volk die Abschaffung des Königstums forderte, als Herodes I. im Jahre 4 v. Chr. starb. Fünfzig Abgeordnete seien nach Rom gereist, um dort, von 8000 Juden der Weltstadt unterstützt, Augustus zu bitten, daß er keinen neuen König bestätige, vor allem keinen Sohn oder Angehörigen aus dem Haus des Herodes. Die Petitionen blieben ohne Erfolg; denn es brachen in Palästina da und dort blutige Revolten aus, die der römische Feldherr Varus niederschlug. Augustus verteilte daraufhin Palästina an die Söhne des alten Herodes: Samaria und Judäa fielen an Archilaus, Galiläa und das südliche Ostjordanland Peräa fielen an Herodes Antipas, die nördlichen Gebiete an Philippus. 6 n. Chr. wurde Archilaus abgesetzt, und Judäa und Samaria wurden unmittelbar römisches Gebiet. Ein Prokurator des Kaisers zog in Cäsarea auf. Römische Besetzungstruppen zogen dort wie in der Königsburg in Jerusalem ein.

So war das Land, in dem Jesus wirkte, Galiläa, und erst recht Judäa von einer fremden Macht beherrscht. Wenn Jesus der Autorität des Staates begegnete, waren es meist fremde Herren, die sie vertreten mußten. Auch die Hilfstruppen, die in Palästina standen, waren nicht Juden. Die Zollunterpächter aber, die dem Generalpächter möglichst viel an indirekten Steuern, zum Beispiel an Wegegeld für eingeführte Waren, einzutreiben hatten, waren zwar Juden, aber wegen ihrer unehrlichen Praxis und wegen ihrer Bindung an die Römer so verhaßt und verachtet, daß man sie nicht zur jüdischen Gemeinde rechnete und den Verkehr mit ihnen mied.

Die eigentliche Innenpolitik überließ der kaiserliche Statthalter weitgehend dem Synedrium. Luther sagt: dem Hohen Rat. Das waren 70 Mitglieder, Hohepriester und Schriftgelehrte, Sadduzäer und Pharisäer. Sie hatten in Judäa Machtbefugnis. Todesurteile — das wissen wir aus dem Prozeß Jesu — mußte der Prokurator bestätigen. Das war der höchste jüdische Gerichtshof. Die führenden Männer dieses Rates greift Jesus an, wenn er sagt, auf dem Stuhl des Moses hätten sich die Schriftgelehrten und Pharisäer gesetzt. (Matth. 23, 3.) «Alles nun, was sie euch zu tun gebieten, das tut und befolgt. Aber nach ihren Werken richtet euch nicht; denn sie sagen es wohl, tun es aber nicht.» Damit kommen wir zu Jesu Angriff auf die politischen Führer; er ist unbestreitbar.

Freilich ist es kein Angriff, der die falsche Politik dieser Politiker zum Ziel hat, wie es einst von Propheten geschehen ist. Jesus äußert sich über das Verhältnis des Hohen Rates zu den Römern, soviel ich sehe, nicht kritisch, beziehungsweise überhaupt nicht. Aber er stößt mit der Unmoral der politischen Führer zusammen und geißelt sie. Vielleicht haben Hörer

schon damals gesagt: Er wird politisch, als er seine Jünger warnte: «Hütet euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber sind sie reißende Wölfe. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.» (Matth. 6, 15.)

Wir wissen aus der Gegenwart, daß das Zitat dieses Herrenwortes politisch Aufsehen erregen kann. Aber Jesus wurde deutlicher. Er scheute sich nicht, die Führer seines Volkes als Heuchler zu entlarven. Die Pharisäer waren ja in gewissem Sinne eine politische Partei der damaligen Zeit, das heißt eine Partei, die vor allem religiöse und theologische Belange hatte, aber die religiösen Belange waren damals eben politische, jedenfalls innenpolitische Belange. Die Partei der Pharisäer verlangte strengste Beobachtung des jüdischen Gesetzes. Sie forderte dazu notwendige Schriftgelehrsamkeit, und ihre Anhänger wurden darum oft zusammen als Pharisäer und Schriftgelehrte benannt und bekämpft. Sozial gesehen waren sie, im Unterschied zu den Sadduzäern, den minderbemittelten Schichten angehörend. Ihre Stellung zu den Römern war kühl, im Gegensatz zu den Sadduzäern, die als höhergestellte Regierende mehr Berührungspunkte mit der Besetzungsmacht hatten. Sie lehnten jeden Eingriff der Römer in das jüdische Leben ab, verurteilten auch die Steuerzahlungen an die Römer. Im Volk galten sie als die Musterfrommen und wahren Patrioten.

Der Gegensatz, in welchen Jesus zu diesen Volksführern hineinkommt, muß politisch beurteilt werden. Wenn heute ähnlich starke Vorwürfe gegen Regierende laut würden, würde man die politische Seite dieser Stimme ohne weiteres erkennen. Daß man von Jesus sagen konnte, er habe mit Politik nichts zu tun, ist wohl politisch ein sehr geschickter Schachzug des Gegenspielers. Inwiefern er eine relative Begründung in Tatsachen hat, wird noch zu zeigen sein.

Zunächst einmal stellen wir fest: Jesus gerät im Verlauf seines Wirkens sehr bald in Gegensatz, ja in schärfsten Kampf mit den innenpolitischen Führern seines Volkes. Er zieht sich nun nicht grundsätzlich zurück, wiewohl er zeitweise ausgewichen ist. Er nimmt kein Blatt vor den Mund, sondern redet ihnen offen ins Gewissen. Darin sehe ich eine prophetische Linie seines Handelns.

Mit dem Kaiser in Rom kam Jesus nicht in Berührung. Seinem Statthalter sagt er beim Verhör frei: «Du hättest keine Macht über mich, wenn sie dir nicht von oben gegeben wäre.» (Joh. 19, 11.) Auch damit spricht er ein politisches Wort der Belehrung und Ermahnung für einen politischen Machträger aus. Mit seinem eigentlichen Landesherrn, Herodes Antipas (4 v. Chr. bis 39 n. Chr. König in Galiläa und Peräa [Tetrarch]), hat Jesus nie gesprochen. Beim Verhör hat er ihm kein Wort gesagt. Nach Lukas 13, 32, erfahren wir, daß Herodes Jesu nachstellen wollte, wahrscheinlich weil er in ihm einen neuen Johannes den Täufer, den er hingerichtet hatte, vermutete. Jesus läßt ihm ausrichten: «Sagt diesem Fuchs, daß ein Prophet in Jerusalem sterben muß nach der Schrift.»

Mit diesen zwei Stellen sind Jesu Worte zu den politischen Gestalten des Prokurgators und des Tetrarchen erschöpft.

Um so zahlreicher aber sind die Stellen, in denen er den Volksführern, die er in Jerusalem täglich vor Augen sah, ins Gewissen redet. Dieses prophetisch-politische Wort möchte ich einmal nach fünf Seiten hin beleuchten:

Jesus ruft die Pharisäer und Priester zur Barmherzigkeit.

Jesus warnt sie vor unsozialer Haltung, vor Üppigkeit und Luxus.

Jesus mahnt sie, sich der Ausgestoßenen und Niedrigen anzunehmen.

Jesus straft ihre Unwahrhaftigkeit.

Jesus spricht ihnen das Recht und die Fähigkeit zur Führung ab.

a) Der Mann, welcher Jesus versuchte mit der Frage, was er tun müsse, um das ewige Leben zu erlangen, war ein Gesetzeskundiger, also ein Parteigänger der Pharisäer. Jesus erzählt ihm das Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Die politische Spize darin ist die Gestalt des Priesters. Er geht vorüber und übt die Barmherzigkeit, welche ihm das Gesetz vorschreibt, gerade nicht. Das tut ein Ungläubiger, ein Samariter. «Tue desgleichen!» Das sagt Jesus dem Schriftgelehrten und zugleich allen seinen Freunden. Später tadeln er sie, daß sie die Hauptsache im Gesetz außer acht lassen: nämlich die Rechtpflege, die Barmherzigkeit und die Treue (Matth. 23, 23).

b) Eng damit zusammen hängt die Warnung vor dem Geiz und der Härte gegenüber den sozial Schwachen. Im Lukas 16, 14, wird ausdrücklich berichtet: «Dies alles hörten die Pharisäer mit an, die geldgierig waren, und rümpften die Nase über ihn.» Er wendet sich also bewußt an die Volksführer mit den Mahnungen, die im Gleichnis vom reichen Mann und armen Lazarus stecken (Lukas 16, 19—34). In der unsozialen Haltung, dem Geiz und der Üppigkeit dieser Volksführer sieht er einen großen Schaden. Er verheißt ihnen die Hölle. Matth. 23, 14: «Wehe euch, Schriftgelehrte und Pharisäer, ihr Heuchler! Ihr bringt die Häuser der Witwen gierig an euch und verrichtet zum Schein lange Gebete. Darum werdet ihr ein um so strengeres Gericht erleiden!»

c) Schließlich ist Jesu Haltung den Zöllnern und Sündern gegenüber ein dauernder Anstoß der Volksführer. Jesus mildert diesen Anstoß nicht, sondern er verschärft ihn, weil durch seine Haltung das Gewissen der Pharisäer wachgerufen werden soll. Beim Gastmahl im Hause eines Pharisäers, als eine übel beleumdeten Sünderin Jesus salbst, wird der Tadel vom Herrn offen ausgesprochen. Im Gleichnis vom Pharisäer und Zöllner wird der Hochmut und Stolz gegenüber den andern gegeißelt. Und damit trifft er schließlich die schlimmste innere Haltung der Volksführer: die Heuchelei.

d) Der Name Pharisäer ist durch die Heilige Geschichte einseitig mit diesem Makel behaftet und belastet. Jesus macht den Pharisäern und Schriftgelehrten zum Vorwurf, daß sie Gottes Gebot übertreten. Sie tun

das scheinheiligen menschlichen Satzungen zulieb. Er spricht (Mt. 15, 7) sehr deutlich: «Ihr Heuchler! Treffend hat Jesaias von euch geweissagt mit den Worten (Jes. 29, 13) „Dies Volk ehrt mich mit den Lippen, aber ihr Herz ist weit entfernt von mir.“» Die Jünger berichten von diesen Worten ausdrücklich, die Pharisäer hätten daran Anstoß genommen. Jesus vernimmt das und hört nicht auf, weiterhin die Heuchelei dieser Volksführer zu geißeln. «Ihr schließt das Himmelreich den Menschen zu. Ihr selbst geht ja nicht hinein; aber ihr laßt auch die nicht hinein, die hineingehen wollen.» (Matth. 23, 13.) «Ihr haltet die Außenseite des Bechers und der Schüssel rein, innen aber sind sie voll von dem, was ihr durch Raub und Unenthaltsamkeit an euch gerissen habt!» (Matth. 23, 25.) Schärfer konnte kaum gesprochen werden.

e) Und damit kam Jesus zum schärfsten politischen Schluß: diese Leute sind zur Führung des Volkes ungeeignet. Innenpolitische und religiöse Führung fielen damals zusammen. Dies religiöse Urteil war also ein politisches: dem warnenden Wort der Jünger, die Pharisäer würden sich über Jesu strenge Warnungen ärgern, antwortet Jesus: «Laß sie nur: sie sind blinde Blindenführer.» Er spricht ihnen also die Fähigkeit, auf Mose Stuhl zu sitzen, ab. Sie können das Volk nicht führen, wenn aber, dann nur ins Verderben. Im Gleichnis von den ungetreuen Weingärtnern wird ihnen die Führereigenschaft am offenkundigsten abgesprochen. Sie empören sich auch und wollen ihn verhaften. Denn er hatte ihnen das göttliche Recht zur Volksführung aberkannt. «Das Reich Gottes wird von euch genommen werden und einem Volke gegeben werden, das dessen Früchte bringt.» (Matth. 21.) Das Wehe über die Pharisäer steigert sich (Matth. 23). Sie werden übertünchte Gräber genannt. «So erscheint ihr den Menschen von außen gerecht, inwendig aber seid ihr voll Heuchelei und Gesetzesbruch.»

«Ihr seid Söhne der Mörder der Propheten. So macht denn ihr das Maß der Schuld eurer Väter voll. Ihr Schlangen und Otternbrut! Wie wollt ihr dem Strafgericht der Hölle entgehen?»

Wenn in unseren Tagen nur halb so stark an politischen Führern Kritik geübt würde, dann würde niemand auf den Gedanken kommen, daß das keine politische Sache sei. Bei Jesus hat die Kirchengeschichte und ihre mancherlei Irrwege die klare Sicht seines Bildes und seiner Haltung zur Politik verwischt. Denn die Tatsache ist unbestreitbar, daß der Herr den Führern seines Volkes ins Gewissen geredet hat wie niemand zuvor und daß er Ablehnung getroffen hat und seine Mahnungen darum in Gerichtsdrohungen übergeführt hat, die an Schärfe einzig dastehen. Er verlangt von politischen und religiösen Führern Barmherzigkeit, Herz und Verständnis für die Armen und sozial Schwachen, Witwen und Waisen, er verlangt sinnvolle Erfüllung des Gesetzes Mose, bekämpft Einseitigkeit, fordert innere Wahrhaftigkeit, Recht und Treue zum Gesetz und Geist der Schrift.

Dieser Prophetenaufgabe opfert er sein Leben.

2.

Trotzdem kann man sagen, Jesus habe eigentlich keine politischen Motive gehabt. Er hat die Pharisäer und Sadduzäer nicht bei politischen Entschließungen beraten, und er hat vor allem keine eigentlichen politischen Schritte unternommen. Jesus hätte, wenn er wesentlich politisch hätte handeln wollen, in Galiläa, am Sitz des Tetrarchen, auftreten müssen und eine politische Bewegung entfachen. Herodes Antipas hätte dann gegen Jesus Stellung genommen. Jesus hätte dann aber vor allem die wichtigste und modernste Stadt Galiläas damals ergreifen müssen: Tiberias am See Genezareth. Tiberias hat schon den Namen des Kaisers und lebte vom Ruhm des Tetrarchen und in der Sonne seines Hoflebens. Jesus aber scheint Tiberias gemieden zu haben. Mittelpunkt seiner Wanderwege ist Kapernaum, und weder die Wahl dieses Ortes noch der Aufenthalt in anderen Gegenden (meint Martin Dibelius) können im Sinn einer politischen Tendenz gedeutet werden. Die einzige Reise Jesu, deren Ziel berichtet wird und deren Absicht erschlossen werden kann, ist die am Ende seiner Wirksamkeit nach Jerusalem. In Jerusalem stellt sich Jesus den entscheidenden Gewalten des Landes und führt die religiöse Entscheidung herbei.

Etwaiige politische Absichten seiner Anhänger und Jünger lehnt er ab. Johannes erzählt (Kap. 6, 15): «Da Jesus nun merkt, daß sie kommen und sich seiner mit Gewalt bemächtigen würden, um ihn zum König zu machen, zog er sich wieder auf den Berg zurück, er ganz allein.» Hier hatte Jesus die Faktoren zu politischem Handeln in der Hand: Massen und Macht. Er aber spielt sie nicht aus, sondern legt sie ab. Er fällt auf das Angebot des Satans nicht herein, der ihm alle Reiche der Welt angeboten hat für einen Fußfall. Hätte er dieses Angebot angenommen, wäre er Politiker größten Stils und gewissten Erfolges geworden. Nur das, was er in seiner Kritik an den Pharisäern grundsätzlich geißelte, wäre Conditio sine qua non dieser Politik geworden: die Ausschaltung des Gesetzes Gottes, des Unbedingtheitanspruches, der alleinigen Anbetung und des alleinigen Gehorsams zu Gott. Heute sagt man, die Politik trägt die Gesetze ihres Handelns in sich selbst und merkt nicht, daß das nicht eigene Gesetze, sondern Gesetze des Teufels sind. Ihr Wesen ist Gewalttat. Die Jünger mußten erst durch Enttäuschung und Versagen hindurch gehen, um von ihren politischen Ambitionen loszukommen. Noch auf dem Wege nach Jerusalem, als ihnen die Samariter keine Herberge anweisen wollen, wollen sie Feuer vom Himmel regnen lassen nach Elias Vorbild. Jesus weist diese politische Haltung schroff ab: «Wisset ihr nicht, welches Geistes Kinder ihr seid? Der Menschensohn ist gekommen, Seelen zu retten . . .!» (Luk. 9, 55.)

Die Bezeichnung «Menschensohn» ist in den synoptischen Evangelien vorherrschend. Sie steht da dreimal mehr zu lesen als «Messias». Man kann auch darin eine Ablehnung politischer Zielsetzungen sehen. Die Namen Davidssohn und Messias lassen viel eher eine politische Deutung

seiner Sendung zu. Menschensohn aber heißt der Gesandte Gottes an die Welt, nicht der Erbe des Davidschen Thrones und der Befreier von der Römerherrschaft. Dibelius sagt in seinem Buch «Jesus»: «Wer behaupten will, daß Jesus einen Angriff auf die römische Behörde geplant habe, muß der gesamten Überlieferung widersprechen: nicht nur den Worten vom Schlag auf die Backe oder vom Dienst, sondern auch den Verheißungen vom Reiche Gottes, das Gott den Demütigen, von der Welt Geschiedenen und Einsamen geben will. Wollte Jesus politisch vorgehen, so mußte er auch seine Anhänger anders auswählen, mußte er mehr auf Massengewinnung und öffentlichen Erfolg bedacht sein, mußte in den Hauptstädten des Landes auftreten und mußte in Wort und Tat Aktionswillen und Kampfeslust seiner Jünger wider das Bestehende richten. Getan hat er von dem allem das Gegenteil. Und wenn er sich den Messiastitel gefallen ließ, das Wort Menschensohn aber — mit und ohne Beziehung auf sich — selber gebrauchte, so ist das eine Bestätigung seiner unpolitischen Haltung.»

(Schluß folgt)

Das Weltfriedensjahr

Vorbemerkung: Wir haben den bedeutsamen Friedensbeitrag von Dr. A. Jacobus leider nur verkürzt aufnehmen können. Der Verfasser gründet seinen Vorschlag für ein Weltfriedensjahr auf das mosaische Gesetz, welches die Einrichtungen des Schmitta- und des Jobeljahres sowie den Sabbath hervorgebracht hat. Das Schmittagesetz schreibt, wie es Dr. Jacobus schildert, vor, daß in jedem siebenten Jahr alles Privateigentum am Boden des Landes aufgehoben sei (3. Buch Mosis, Kap. 25, 1—7; 2. Buch M., Kap. 23, 11). Der Sinn und Zweck des Schmittajahres ist das Recht auf den Ertrag der allen Nahrung spendenden Natur. Das Jobeljahr führt einen völligen Umsturz der wirtschaftlichen Verhältnisse herbei, denn nach sieben mal sieben Jahren kehren alle ursprünglichen Besitzer des nach der Einnahme Kanaans zu gleichen Teilen aufgeteilten Landes zu ihrem Besitz zurück (3. Buch M., Kap. 25). Am Sabbath, der ausdrücklich um der Sklaven willen eingesetzt worden ist, hat jede Woche das ganze wirtschaftliche Leben stille zu stehen. Dieser Tag ist Gott geweiht (5. Buch M., Kap. 5, V. 14, und 2. Buch M., Kap. 31, V. 16). Der Gedanke des Sabbaths wurde von einem großen Teil der Welt in der Schaffung des Sonntags als allgemeinem Ruhetag übernommen. Vielleicht ist es uns möglich, uns mit diesen drei segensreichen jüdischen Gesetzeseinrichtungen an Hand von Dr. Jacobus' Ausführungen einmal eingehender zu befassen und die darin zum Ausdruck gebrachten Probleme, die uns alle heute mehr denn je angehen, durch eine Schau von Christus her zu neuer Beleuchtung zu bringen und weiterzuführen. Auf jeden Fall verdient der vorliegende Vorschlag des Verfassers, ein Weltfriedensjahr zu schaffen, größte Beachtung aller verantwortungsbewußten Menschen. Dag Hammarskjöld, der neue Generalsekretär der UNO, erklärte, die Hauptaufgabe der UNO sei heute die «Reorganisation der Welt». Deshalb sollten Vorschläge wie der vorliegende heute in jedem einzelnen schöpferisch weiterwirken, damit der totalen Vernichtung unserer Erde im allerletzten Augenblick noch Einhalt geboten werden kann.

D. R.

In einer Botschaft vom März dieses Jahres (1952) ersuchte Präsident Truman den amerikanischen Kongreß, den mit den USA verbündeten